Senioren-Report

Geschäftsstelle Berlin **Ausgabe 108** **Juni 2021**

Bankgeheimnis: 91,3 Prozent der Rentnerinnen und Rentner bevorzugen analoges Offline-Banking.

Inhaltsverzeichnis

Grußwort Burkhard Bildt · Krankenhäuser *1*

Erster Mai ohne DGB..... *2*

Erster Mai-Aktionen..... *3*

Armuts- und Reichtumsbericht..... *4*

Rechtsextreme im Militär und Heimatschutz. *5*

Vorbereitung auf Krisen..... *6*

Mitgliedertreffen im Britzer Garten..... 7

ver.di-Demo der Pflegekräfte..... *8*

Pflegereform · Rentenanpassung 2021..... *9*

Tarifrunde M+E-Industrie..... *10*

Renten-„Jubiläen“..... *11*

Rentendebatte · Geburtstag · Mitgliedertreffen..... *12*

Impressum

Redaktion:
Ramon Zorn, Ingrid Henneberg, Hartmut Herold, Hartmut Meyer,
Klaus Murawski, Manuela Wegener, Monika Wittek
Titelbild: Ramon Zorn
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 03. Sept. 2021
V.i.S.d.P.: Burkhard Bildt, IG Metall Berlin
Email-Adresse für Beiträge zum Senioren-Report:
seniorenreport@neue-dateien.de

Senioren-Report im Internet:
www.igmetall-berlin.de/gruppen/arbeitskreise/ak-senioren/senioren-report

Grußwort

Burkhard Bildt
zuständiger Sekretär für die Seniorenarbeit in der Geschäftsstelle Berlin

Liebe KollegInnen,

harte Tarifrunde, gekippter Mietendeckel, Diskussionen um autofreie Städte… wie hängt das alles zusammen? Meines Erachtens verknüpfen sich hier mehrere Dinge: Die Besitzer von Vermögen suchen die Offensive, um unter den Bedingungen ökologischer Notwendigkeiten ihre Privilegien zu sichern. Dies spiegelt sich im Wahlkampf für die anstehende Bundestagswahl wider.

Transformationen sind immer auch Transformationen der Vermögensformen (des Eigentums). Schließlich soll es sich weiter mehren. Die Form des Kohlekraftwerkes, des Verbrenner bauenden Unternehmens, hat keine Zukunft. Formen ökologischer Industrien oder Immobilien schon. Doch auch diese Transformationen benötigt Zeit. Deshalb werden zwei Strategien verfolgt:

So lange wie möglich aus den untergehenden Vermögensformen Geld ziehen und so viel wie möglich Starthilfe erhalten, um in die neuen Formen zu kommen.

Wie spiegelt sich dies nun im Wahlkampf wider?

Da gibt es zum Beispiel die Leugner einer möglichen Klimakrise sowie auch die Förderer von Wasserstofftechnologien. Die Einen klagen gegen den Mietendeckel, die Anderen fordern Enteignung großer Immobilienunternehmen. Privaten Autoverkehr wollen einige verbieten und andere setzen auf Marktmechanismen durch CO2-Besteuerung.

Sofern ich das alles auf den ersten Blick bewerten möchte, fällt mir auf, dass es einen Hang zur Marktfreiheit oder eine autoritäre Tendenz zu Verboten im Privatbereich gibt. Beides blendet die Sicht auf die Vermögen aus.

Wir brauchen jedoch eine demokratische Form der Suche nach dem richtigen Weg, die über die Wahldemokratie hinausgeht. Die Interessen derer, die nicht auf große Vermögen verweisen können, werden nur eine Rolle spielen, wenn es gelingt, Vermögen und Lebensinteressen der Menschen neu zu verknüpfen.

Viel Spaß bei der Suche nach Nebelkerzen und Lösungsansätzen in den Wahlprogrammen.

Beste Grüße
Burkhard Bildt

Profit geht vor

Besserung für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen?

Lieber Kolleginnen, liebe Kollegen,

man kann es kaum glauben: im Jahr 2020 wurden in Deutschland 20 Krankenhäuser geschlossen. War da nicht ein Jahr lang von Umdenken die Rede? Schluss mit dem Kaputtsparen im Gesundheitswesen und Verbesserung der Arbeitssituation für die Beschäftigten. Warme Worte und Dank in Sonntagsreden gab es reichlich. Die Regierung bastelt immerhin an einer besseren finanziellen Ausstattung und an besserer Bezahlung für die Beschäftigten.

Ein Umdenken bei den Betreibern ist aber nicht in Sicht. Gesundheit „muss sich rechnen“. Profite bis 15 Prozent strebt zum Beispiel HELIOS (86 Kliniken) an. Dussmann mit 100 Pflegeeinrichtungen denkt genau so. Da werden zur Kostensenkung Ärzte entlassen und Pflegekräfte outgesourct. Von den Arbeitsbedingungen ganz zu schweigen. Leider sind die kommunalen Betreiber (Vivantes, Charité) nicht viel besser.

Jedes System, dass mit Fallzahlen und Pauschalbeträgen arbeitet, verleitet dazu, für sich das Bestmögliche herauszuholen. Besser wäre es für die Gesamtheit, die echten Kosten zur ermitteln und abzurechnen. Wenn das durch die Beitragszahlerinnen nicht abzudecken ist, muss der Staat einspringen. Es gibt wahrlich schlechtere Anlässe, Steuergeld auszugeben.

Dass Besitzer von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen Gewinne abschöpfen, während die Beiträge der Versicherten der Krankenversicherung und Pflegeversicherung immer weiter steigen, ist ein Skandal. Die Gesundheit ist ein hohes Gut, an der sich keiner bereichern dürfte.

Und wie geht es den Patienten? Viele Operationen wurden wegen Corona veschoben oder ausgesetzt. Waren sie womöglich garnicht nötig? Wird operiert, damit der Arzt in Übung bleibt?

Einmal wird man am Tag nach der Operation mit einer Schmerztablette nachhause geschickt, weil das Bett gebraucht wird. Ein andermal muss man übers Wochenende im Krankenhaus bleiben, weil sonst das Bett leer bliebe. Alte, demente Patientinnen, die kaum alleine essen können, werden von den täglich wechselnden Leihschwestern kurz abgefertigt. Teller hingestellt, Tabletten verteilt, für mehr an Zuwendung ist keine Zeit.

Ein Gesundheitswesen, dass Patienten als Kostenfälle sieht und dabei auch noch das medizinische und Pflegepersonal krank macht, braucht eine Reform, die über ein paar verbesserte Verrechnungssätze hinausgeht.

Ramon Zorn

Der 1. Mai 2021 in Berlin

20 Demonstrationen – aber DGB und IG Metall fehlen

Fotos Christiane Pfafferott

Zehntausende gingen und fuhren mit dem Rad am 1. Mai durch Berlin, um ihre Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und bezahlbarem Wohnraum nach außen sichtbar zu machen.

Nur der DGB Berlin-Brandenburg weigerte sich trotz katastrophaler Verhältnisse in den Krankenhäusern und trotz der laufenden Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie in Ostdeutschland eine Demonstration und Kundgebung zu machen. Nur mit Anmeldung konnte man auf den Pariser Platz, auf dem sich ca. 200 Gewerkschaftsmitglieder versammeln durften.

Und dort musste man sich dann vom Vorsitzenden des DGB Berlin-Brandenburg anhören, dass die, die trotz Corona ihre Forderungen auf die Straße trugen, unverantwortlich handeln.

Ich erkenne meinen DGB nicht mehr wieder bzw. ich hatte ein Déjà-vu-Erlebnis.

Mir kamen Erinnerungen an die 60er und Anfang 70er Jahre hoch, als der DGB Berlin sich in Säle verkrochen hat, während auf der Straße zehntausende Menschen gegen den Krieg in Vietnam und für soziale Forderungen auf die Straße gingen. Wovor hat der DGB eigentlich Angst?

Die Unternehmer nutzen die Corona-Krise gnadenlos aus, entlassen tausende Beschäftigte oder schicken sie in Kurzarbeit, kassieren vom Staat Milliardenhilfen, um dann den Aktionären fette Dividenden auszuzahlen, stellen sich stur unseren gerechten Forderungen gegenüber und der DGB traut sich nicht auf die Straße und beschimpft auch noch die, die sich dieses Recht nicht nehmen lassen.

Schon im vorigen Jahr hatte man sich in einen Saal verkrochen und sich öffentlich unsichtbar und unhörbar gemacht. Mitglieder des Arbeitskreises Internationalismus der IG Metall und andere aktive Gewerkschaftsmitglieder haben auch damals gezeigt, wie man trotz Corona auf der Straße demonstrieren kann.

Ich bin empört über das Verhalten des DGB Berlin-Brandenburg und ich finde, die Führung sollte sich schämen. Die Losung muss wieder heißen „Heraus zum 1. Mai“ und nicht „Am 1. Mai sitzen wir alle auf dem Sofa“.

Günter Triebe

… das war kein Tag der Arbeit

Ein Pressefoto mit den DGB-Granden vor dem Brandenburger Tor, ansonsten Live-Streaming im Internet für die, die am ersten Mai vor dem PC verharren. Das soll also die Zukunft der Solidarität sein.

Für uns Senioren war es schwer, im Vorfeld an Informationen über geplante Aktivitäten zu kommen.

Die IG Metall (mitten im Tarifkampf) hatte wohl auch keine Traute. Es blieb bei kleinen vereinzelten Aktionen aktiver Gewerkschafter in den Stadtteilen.

Die IG Metall fand jedenfalls nicht statt. Kolleginnen und Kollegen des Senioren-Arbeitskreises nahmen an der oben beschriebenen linken, revolutionären und antifaschistischen Demonstration teil. Aber das ist nicht jedermanns Sache, wenn „Klassenkampf statt Sozialpartnerschaft“ proklamiert wird.

Ramon Zorn

BERLIN am 1. Mai, *Solidarität heißt handeln*

Fahrraddemo der GEW BERLIN

Foto Ramon Zorn

Am 1. Mai habe ich mich mit 400 Teilnehmern an der Fahrraddemo der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) beteiligt. Unter dem Motto **„Sicher bilden: Zukunft sichern!"** hat sie darauf aufmerksam gemacht, dass die Zukunft dieser Stadt von der Qualität der Bildung der Berliner Kinder und Jugendlichen abhängt.

Ausgehend vom GEW-Haus in der Nähe des Nollendorfplatzes führte die Tour nach Charlottenburg, über den Ernst-Reuter-Platz zum Großen Stern, am Landwehrkanal entlang zum Mehringdamm und schließlich auf das Tempelhofer Feld.

Friedlich, mit Kind und Kegel und trotzdem einem angenehmen Radtempo war man am 1. Mai als Gewerkschaft auf der Straße – so soll es sein.

Ramon Zorn

Mein 1. Mai im Wedding

Der 1. Mai 2021 und der zweite in der Pandemie – was tun? Ich wohne im Wedding und dort geht es bereits am Vorabend los. Die Stadtteilinitiative „Hände weg vom Wedding“ ruft unter dem Motto „Von der Krise zur Enteignung“ zur Demonstration auf. Sollte ich mit meiner IG-Metall-Fahne dort richtig sein? Im Aufruf zur Demo steht nicht Falsches, na also!

Damit wäre der kämpferische Teil schon am Vorabend erledigt gewesen und ich konnte dann am Morgen des 1. Mai als Aktion des DGB Kreisverbands Parolen sprühen. Endlich mal mit Genehmigung Parolen wie „Systemrelevant Tarifvertrag“, #Mietenstop“, „Solidarität ist Zukunft“ und mehr zu sprühen, das war ein guter Plan.

Als ich zu Beginn der besagten Demonstration am Leopoldplatz meine IG Metall-Fahne ausrollte, musste ich gleich einer jungen Frau ein Interview geben. Die IG Metall-Fahne ist hier selten, wird beachtet und ist richtig. Beim Start der Demonstration waren wir drei Aktive der IG Metall und meine liebe Frau von der GEW. Unter Corona-Bedingungen waren etwa 2.500 junge Menschen auf die Straße gegangen.

Nach dem Sprühen im Kiez (Virchow-Krankenhaus, TFH, Job-Center) gingen wir am Leopoldplatz ans Werk. Dort hatte sich zu einer Kundgebung eine Menge Menschen versammelt, um von dort zum Grunewald zu den Villen der Reichen zum Protest zu radeln.

Foto Ria Reich

Das war nur eine von vielen verschiedenen Aktionen, die in Berlin stattfanden. Es zeigte sich, die Menschen wollen heraus zum 1. Mai, wollen ihn gemeinsam kämpferisch begehen.

Und wenn der DGB das Gespür dafür verloren hat, organisieren sich die vielen Initiativen ihren 1.Mai selbst. Und die IG Metall hätte mit der offenen Angleichung Ost gute Gründe für einen kämpferischen 1. Mai gehabt. Am 1. Mai 1886, also schon vor 135 Jahren, ging es auch um die Arbeitszeit.

Hartmut Meyer

6. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung
– und wie er von der Regierung schöngeredet wird

»Seit den 1980er Jahren hat der Anteil der Personen, die sich jeweils stabil in der untersten oder obersten sozialen Lage befinden, kontinuierlich zugenommen.«

Das ist eine der Kernaussagen des 555 Seiten umfassenden Berichts, der Mitte Mai erschien. Im Klartext: Die soziale Spaltung vertieft sich, das Armutsrisiko erhöht sich.

In früheren Berichten untersuchte man die Lebens***phasen.*** Damit erschienen Probleme aber oft als individuelle Probleme und der Alterseffekt wurde verabsolutiert. Jetzt werden die Lebens***lagen*** untersucht und „es wird deutlicher, dass die Mittelschicht unter Druck geraten ist und dafür die Ränder am oberen und unteren Ende der Verteilung gewachsen sind. Und es zeigt sich auch, wie verfestigt Armut und Reichtum sind." sagt Christoph Butterwegge, der Mitglied im wissenschaftlichen Gutachtergremium für den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung war, in einem Interview (TAZ online 12.5.21). Außerdem sei das ärmste Zehntel der Bevölkerung ohne jegliche „Veränderungsperspektive und Aufstiegschance".

Reichtum wird nicht deutlich erfasst – weil das nicht gewollt ist!

Das DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) hat zwar erstmals „Hochvermögende über eine repräsentative Zusatzstichprobe genauer unter die Lupe genommen und die Ergebnisse sind erschreckend; sie tauchen im Bericht allerdings nur abgeschwächt und verklausuliert auf. Später verschwinden die Reichen dann ganz von der Bildfläche des Regierungsberichts." so Butterwegge. Und weiter: Man hat „die Bevölkerung 8 sozialen Lagen zugeordnet. Die oberste wird aber nicht etwa Reichtum, sondern 'Wohlhabenheit' genannt.

Dazu passt, dass diese Kategorie viel zu breit ist und dadurch das Ausmaß der extremen Vermögensungleichheit in Deutschland verschleiert wird. Von Dieter Schwarz, dem als Eigentümer von Lidl und Kaufland mit 41,8 Milliarden Euro Privatvermögen reichsten Deutschen, bis hin zum Stadtbewohner mit Eigentumswohnung und zum Gutverdiener mit einem Nettoeinkommen von 3.900 Euro monatlich fallen alle in *dieselbe* Kategorie."

Die Bundesregierung missbraucht den Bericht

Im Kapitel „Zusammenfassung und Maßnahmen" wird alles aufgelistet, was von der Regierung unternommen wurde (sogar die geringe, gesetzlich vorgeschriebene Anpassung der Hartz-IV-Regelbedarfe) und als Erfolg gefeiert, dass alle (angeblich – *S.K.*) von der guten wirtschaftlichen Entwicklung profitiert haben. Die SPD-Sprecherin für Verteilungsgerechtigkeit, Daniela Kolbe, musste im „Vorwärts" allerdings einräumen: „Weggucken geht nicht".

Bundessozialminister Hubertus Heil versuchte jedoch, die Befunde aus seinem Hause schönzureden und behauptete: „Deutschland ist keine Abstiegsgesellschaft".

Das dürften zahlreiche Betroffene anders sehen. Zu Recht. Dem amtlichen Bericht zufolge ist die Wahrscheinlichkeit, in die Armutsfalle zu rutschen, seit den 1980er Jahren von 40 auf 70 Prozent gestiegen. Als arm gilt, wer weniger als 60 Prozent des mittleren monatlichen Einkommens hat (netto max. 1.176 Euro pro Monat).

© Harm Bengen

4,4 Mio. Erwerbstätige bilden die größte Gruppe der von Armut betroffenen Personen

Dies sei kaum im Blick bei den regierungsamtlichen Berichterstattern, kritisierte Anja Piel, DGB-Vorstandsmitglied, in einer Pressemitteilung (zitiert nach jW 14.5.21). Das sei aktuell so hoch „wie noch nie". Ihre Gegenrezepte? Ja, die liegen vor:

- Aufstockung des Kurzarbeitergelds
- Umwandlung von Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
- Abschaffung sachgrundloser Befristungen
- Selbständige unter den Schutzschirm der Arbeitslosenversicherung

Und nicht zuletzt müsse der Niedriglohnsumpf trockengelegt werden; dafür solle der Mindestlohn auf mindestens zwölf Euro angehoben und die Tarifbindung gestärkt werden, forderte die DGBlerin. „Wir müssen Armutsrisiken klar den Kampf ansagen."

Und die Super-Reichen? Dürfen die weiter so … ?

Sabine Kördel

Lauter „Einzelfälle“ bei unseren Streitkräften

Soziales Engagement zur Ablenkung?

Im Februar 2021 wurde bekannt, dass Elitesoldaten der Bundeswehr vom KSK (Kommando Spezialkräfte) völlig ohne Konsequenzen entwendete Munition zurückgeben konnten. Bei der Aktion kam mehr Munition zusammen als überhaupt vermisst wurde. Der verantwortliche Offizier meinte wohl, dass das dumme Jungenstreiche waren und man die Täter deshalb nicht bestrafen müsse.

Im Garten eines solchen Elitesoldaten wurden tausende Schuss Munition sowie Waffen und Sprengstoff gefunden, die er dort versteckt hatte. Auch NS-Devotionalien wurden sichergestellt.

Zurzeit steht ein Soldat vor Gericht, weil er als syrischer Flüchtling getarnt Attentate auf Politiker verüben wollte. Die Anzahl von solchen „Einzelfällen“ ist inzwischen dermaßen unübersichtlich, dass man sich gar nicht alle merken kann. Ich habe langsam mehr Angst vor denen, die uns verteidigen sollen, als vor denen, vor denen sie uns schützen sollen.

Wir hatten schon einmal in der Weimarer Republik eine „Schwarze Reichswehr“, die Unterstützer bis in die obersten Reihen der Politik hatte. Soweit sind wir glücklicherweise noch nicht. Aber die Art und Weise, wie unsere verantwortlichen Politiker/innen in Untersuchungsausschüssen und in der Öffentlichkeit die Vorfälle zunächst verharmlosen, dann umfangreiche Konsequenzen ankündigen und dann gar nichts tun, ist schon erschreckend.

Jetzt bot die Coronakrise doch Frau Kramp-Karrenbauer eine gute Gelegenheit, das schwer beschädigte Image der Truppe ein wenig aufzupolieren. Bundeswehrsoldat/innen wurden abgestellt zur Unterstützung von Gesundheitsämtern und Impfzentren. Warum mussten die da eigentlich in voller Kampfmontur antreten und nicht in Zivil oder Ausgehuniform?

Zeitgleich wurde für den neuen „Heimatschutz“ geworben.

Demo am 1. Mai *Foto Christiane Pfafferott*

Ein Freiwilligenjahr, vordergründig für den Katastrophenschutz – mit Grundausbildung an der Waffe! Dort bekommt man/frau übrigens 1.400 Euro netto im Unterschied zum freiwilligen sozialen Jahr, wo es 360 Euro gibt.

Dachten doch viele auch von uns, dass die da endlich mal was Sinnvolles tun. Das stimmt zwar einerseits aber andererseits sollen wir uns Schritt für Schritt an Soldaten in allen Bereichen unserer Gesellschaft gewöhnen. Die Militarisierung soll uns als Normalität erscheinen, um dann den Etat für Kriege immer weiter zu erhöhen. Ein Schelm, wer denkt, dass dieses Geld sozialen Zwecken entzogen wird.

Günter Triebe

Wegen der "Einzelfälle" wurde das Gesetz über **Sicherheitsüberprüfungen** in der Bundeswehr geändert.

Zitat Verteidungsministerium: *"So sollen nach dem nun beschlossenen Gesetz Personen aus Verwendungen mit besonders hohen Sicherheitsanforderungen abgelöst werden oder erst gar keinen Zugang dazu erhalten, falls Erkenntnisse vorliegen, die einer solchen Verwendung entgegenstehen, etwa extremistische Tendenzen, terroristische Aktivitäten oder Gewaltgeneigtheit."* Bei Soldaten in Sondereinsätzen klingt "Gewaltgeneigtheit" irgendwie nach Grundvoraussetzung, oder?

Zum **"Heimatschutz"** haben sich schon 325 junge Menschen gemeldet. *„Wir stellen fest, dass wir in Deutschland gerade in der jüngeren Generation durchaus das Bedürfnis haben, dem Land und den Menschen in diesem Land etwas zurückzugeben und sich zu beteiligen“*, so die Ministerin und *„Die Bundeswehr hat sich in ihrer Gänze dazu verpflichtet, diese Freiheit, diese Demokratie und diese Vielfalt zu schützen“.* Was denn, Bundeswehr im Inlands-Einsatz? Hier ist keine Rede mehr von Katastrophenschutz!

Ramon Zorn

Vorbereitungen auf Krisen

Gesundheitsvorsorge und Militärausgaben

Im Januar 2013 erhielt der Deutsche Bundestag vom Innenministerium eine Risikoanalyse zum Bevölkerungsschutz (Drucksache 17/12051). Neben dem Risikomanagement von extremen Schmelzhochwasser beschrieb die Analyse auch das Szenario einer Pandemie durch SARS-Viren.

Als „Neue Strategie“ entstand dort der Gedanke einer gemeinsamen Verantwortung von Bund und Ländern für die Bewältigung von Großschadenslagen. „Gemeinsame Verantwortung wird hierbei nicht im Sinne von neuen Zuständigkeiten und Rechtsänderungen oder gar als Gemeinschaftsaufgabe im verfassungsrechtlichen Sinne verstanden, sondern vielmehr in einem pragmatischen, politischen Sinne: als partnerschaftliches Zusammenwirken über föderale Grenzen hinweg. Ein Kernelement der 'Neuen Strategie' ist die bessere Verzahnung, Abstimmung und Zusammenarbeit der föderalen Verantwortlichkeitsebenen auf der Grundlage von Gefährdungs- und Risikoanalysen.“

Daraufhin beschloss der Bundestag 2013 konkrete Vorsorgemaßnahmen mit Masken, Schutzanzügen, Desinfektionsmittel usw. Weil aber die Lagerhaltung von medizinischen Materialien, angefangen bei Masken und Schutzkleidung für das Gesundheitspersonal, sich in einem privatisierten System nicht rechnet, wurde die beschlossene Vorbereitung nicht durchgeführt.

Sieben Jahre nach dieser Information unserer politisch Verantwortlichen kann man nun tagtäglich die Umsetzung und die Ergebnisse dieser Krisenbewältigung erleben. Geld spielt auf einmal keine Rolle mehr – und das im Gesundheitswesen? Corona-Gelder (circa 55 Milliarden Euro) werden über der Bevölkerung verteilt. Das Etatvolumen 2020 wächst von 362 auf 484 Milliarden Euro. Der Bundesfinanzminister sprach von einer „Bazooka“, die man rausholen müsse. Er meinte damit wahrscheinlich keine Posaune, sondern eine Panzerfaust.

Besser (und leiser) klappt es mit der Vorbereitung auf Risiken in unserem Verteidigungsministerium.

Ganz im Gegensatz zu den aktuellen Krankenhausschließungen, bekommt die Bundeswehr wieder Einrichtungen und Liegenschaften zurück, die im Zuge der Verkleinerung der Truppe im vergangenen Jahrzehnt aufgegeben wurden. Damit sollen die Streitkräfte künftig an 271 Standorten in Deutschland präsent sein – um sich besser auf die neue Verteidigungsdoktrin einstellen zu können. Im Februar 2021 wurden nämlich neue Grundsätze für die Bundeswehr formuliert: grundsätzliche Ausrichtung auf Landes- und Bündnisverteidigung, also auf den Kriegsfall im Lande anstatt auf „Stabilisierungen“ bei Auslandseinsätzen („Verteidigung am Hindukusch“).

Die globalen Militärausgaben haben 2020 einen Rekordwert erreicht: USA 778 Milliarden, Deutschland ist auf dem 7. Platz mit 53 Milliarden Euro.

© Klaus Stuttmann

Der Militärhaushalt der Bundesrepublik soll 2022 um fünf Prozent steigen. Danach sollte der Verteidigungshaushalt wieder sinken, aber Bundesaußenminister Maas beruhigt am 9. März 2021 auf einer transatlantischen Videokonferenz: „In den letzten Jahren haben wir massiv in die europäische Verteidigung und Sicherheit investiert. Unsere Verteidigungsausgaben sind seit 2014 um 50 Prozent gestiegen. Auf diesem von uns eingeschlagenen Weg werden wir weiter fortschreiten.“

Nach einem *Spiegel*-Bericht rechnen Fachleute des Verteidigungsministeriums damit, dass die Betriebskosten für die Streitkräfte jedes Jahr um zwei bis drei Prozent steigen werden: Darin sind Solderhöhungen für die Soldaten ebenso eingerechnet wie die Pensionen der Versorgungsempfänger, die Mietzahlungen an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben sowie die Instandhaltung von Hubschraubern, Schiffen und Panzern. Nicht darin eingerechnet ist die Beschaffung neuer Ausrüstung. Werde der bisherige Finanzplan fortgeschrieben, heißt es in dem Bericht, würden allein die Fixkosten für den Betrieb im Jahr 2027 den kompletten Verteidigungshaushalt beanspruchen.

Wer wird in der Bundesrepublik Deutschland die Kosten unserer Krisenvorbereitungen bezahlen?

Hartmut Herold

Albert Einstein: Ich bin nicht sicher, mit welchen Waffen der dritte Weltkrieg ausgetragen wird, aber im vierten Weltkrieg werden sie mit Stöcken und Steinen kämpfen.

Mitgliedertreffen im Britzer Garten

kurz entschlossen am 27. Mai 2021

Foto Ramon Zorn

Nach (zu) vielen Monaten ohne Mitgliedertreffen fand eine kleine kollegiale Zusammenkunft am 27. Mai im Britzer Garten statt. Die Information dazu wurde per Email und über das Info-Telefon verbreitet, so dass sich trotz der Corona-Einschränkungen mehr als 20 Kolleginnen und Kollegen an zwei Eingängen trafen.

Wir versammelten uns dann am Kalenderplatz – ein Teil nutzte seinen Negativ-Test oder die Voll-Impfung zum Essen und Plauschen im Italo-Bistro am Kalenderplatz, die anderen besichtigten einen kleinen Teil des Landschaftsgartens. Trotz der Vorhersagen blieb der Regen aus und gelegentlich wurde es in der Sonne richtig warm. Leider war die Parkeisenbahn noch nicht in Betrieb.

Wir hoffen, demnächst wieder planmäßig Mitgliedertreffen abhalten zu können.

Der Britzer Garten wurde als Bundesgartenschau (BUGA) 1985 für die West-Berliner als Naherholungsgebiet angelegt – nicht ohne Probleme, da sich Schrebergarten-Besitzer anfangs weigerten, ihre Parzellen abzugeben – und der Senat noch bis 1985 plante, von der Anschlussstelle Gradestraße eine Stadtautobahn quer durch das Gartengelände bis zur West-Berliner Stadtgrenze zu bauen.

Dass das Gelände im Süden Berlins noch nicht bebaut war, verdankt es der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt, die bis 1930 dort einen Flugplatz (Britz) errichten wollte – den Zuschlag erhielt dann jedoch Johannisthal.

Der heutige Landschaftspark Britzer Garten wurde am 8. Juli 1989 als Neugestaltung des BUGA-Parks eröffnet; aktuell wird eine behutsame Modernisierung des Parks geplant, die dann um 2030 realisiert werden soll.

Der vielgestaltige Park mit seinen Seen und Erhebungen ist für Radfahrer und Hunde gesperrt, so dass Fußgänger das weitläufige Gelände (90 Hektar) geniessen – oder mit der fünf Kilometer langen Parkeisenbahn ganz bequem an fünf Haltepunkten ein- oder aussteigen können.

Ferner gibt es Gartenanlagen wie Rhododendronhain, Rosengarten, Heidehof, Hexengarten, darüber hinaus Spiellandschaften, Liegewiesen und Gastronomie.

Das ganze Jahr über finden interessante Veranstaltungen statt: so soll unter anderem am 14. August 2021 vormittags die 47. Seniorenwoche auf dem Festplatz am See feierlich eröffnet werden.

Hartmut Herold

Foto Hartmut Herold

Foto Ramon Zorn

Protestaktion des Krankenhaus- und Pflegepersonals

„Gebraucht, beklatscht, aber bestimmt nicht weiter so!“

Am Mittwoch, den 12. Mai haben die gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten des Berliner Gesundheitswesens erneut Geschichte geschrieben. Ihrem Aufruf, sich vor dem Roten Rathaus, der Exekutive der Berliner Stadtregierung, zu versammeln, waren rund 1.000 Menschen gefolgt. Am Kopf der Kundgebung wurde ein riesiges Transparent getragen, dass klar machte, worum es geht: *„Gebraucht, beklatscht, aber bestimmt nicht weiter so!“*

Vor allem die Redebeiträge der Krankenschwestern als Herz der Bewegung konnten in bewegenden Worten verdeutlichen, wie unverantwortlich und beschämend die Verhältnisse in Krankenhäusern mittlerweile sind und was diese mit allen macht, die dort arbeiten, um andere Menschen wieder gesunden zu lassen.

Das Gesundheitswesen – und natürlich nicht nur das hier zu Lande – ist selbst krank. Statt es im Rahmen der öffentlichen Daseinsfürsorge zu einem Musterbereich menschenfreundlicher Versorgung zu machen und ihm dafür allen notwendigen Mittel zukommen zu lassen, über die eine reiche Gesellschaft verfügt, sind die verantwortlichen parlamentarischen Entscheidungsträger den Einflüsterungen großer wirtschaftlicher Lobbygruppen gefolgt und haben die Krankenhäuser und die gesamte Pflege zu einem Geschäftsmodell gemacht, das reichen Vermögensbesitzern neue Einkommensquellen eröffnete. Der Patient „muss sich rechnen“.

Dieser mittlerweile Jahrzehnte andauernde Umbauprozess wird trotz aller gerade in der Corona-Pandemie sichtbaren Probleme immer noch fortgesetzt. Das „Geschäftsmodell Gesundheitswesen“ wird durch die Coronakrise nicht infrage gestellt, auch wenn Pflegekräfte traumatisiert werden oder zu Tausenden aus dem Beruf aussteigen, weil sie die Belastung und die mangelnde Wertschätzung nicht mehr ertragen und mit ihrem Berufsethos nicht mehr vereinbaren können.

Bereits vor der Kundgebung hatten sich 650 Beschäftigte der Charite, Vivantes und ihrer Töchter auf eine „Krankenhausbewegung“ verständigt, die aktuell zwei Ziele verfolgt: Anwendung des TvöD (Tarifvertrag öffentlicher Dienst) auf alle Beschäftigten der Krankenhäuser und Durchsetzung eines Entlastungstarifvertrags.

Zur Frage der Entlastung heißt es dazu in einem Flugblatt gewerkschaftlich aktiver ver.di-Mitglieder:

„Mit einem Entlastungstarifvertrag werden eine vernünftige Personalbemessung bzw. die Festsetzung von Personal-Patienten-Quotienten eingefordert. Hier sollen die Kolleg*innen aus den einzelnen Teams, die Quoten/Bemessungsschlüssel für ihre eigenen Arbeitsbereiche und Stationen festlegen. Sie als Expert*innen wissen am besten, wie viel Personal für eine gute Patientenversorgung in ihren Arbeitsbereichen nötig ist. Außerdem ist es wichtig, dass es für die Arbeitgeberin auch Konsequenzen geben muss, wenn die festgelegten Personalvorgaben nicht eingehalten werden. Die Kolleg*innen, die in Unterbesetzung arbeiten, müssen eine direkte Entlastung für diese Belastungsschichten erfahren, wie durch Freischichten, mehr Urlaub oder finanzielle Ausgleiche.“

Foto Hartmut Herold

Die Verantwortlichkeiten sind klar. Die Landesregierung als entscheidender Arbeitgeber hat die nötige rechtliche Kompetenz, diese Forderungen zu erfüllen und kann sich nicht damit herausreden, sie habe keine Regelungskompetenz. Was allein zählt, ist der politische Wille.

Ver.di hat hat ihr deshalb ein „100-Tage-Ultimatum“ gesetzt. Bis zum 20. August können die Vertragspartner des Landes unter Beweis zu stellen, dass sie ein ernsthaftes Interesse haben, einen Betrag zur Beseitigung der untragbaren Situation in den Krankenhäusern zu leisten oder sie werden in der heißen Phase des Wahlkampfes mit einem Streik konfrontiert, der in aller Deutlichkeit vor Augen führen wird, in wessen Händen das Gemeinwohl der Gesellschaft gut aufgehoben ist und bei wem nicht.

Auch wir haben uns als Arbeitskreis natürlich an der Aktion beteiligt, denn wir wissen, dass ein Erfolg der Kolleg*innen in unser aller Interesse ist.

Jochen Gester (Arbeitskreis Internationalismus)

Es wird wieder reformiert

Referentenentwurf zur Pflegereform

Demo der Pflegekräfte *Foto Hartmut Herold*

Seit langem und nicht erst seit Corona ist bekannt: die Pflege ist von der Politik vernachlässigt worden. Jetzt kommt aus dem Hause des Gesundheitsministers Jens Spahn (CDU) wieder ein Reformvorschlag, der alle Kritikpunkte aufgreift und Verbesserung verspricht.

Kernpunkte: Der Entwurf sieht vor, alle Pflegekräfte nach Tarif zu bezahlen. Und es soll ein bundeseinheitlicher Personalschlüssel für die vollstationäre Pflege eingeführt werden. Auch die häusliche Pflege soll finanziell besser unterstützt werden. Wie die Finanzierung zwischen Pflegeversicherung, Rentenversicherung und Krankenkassen geregelt werden soll, ist für den Laien schwer durchschaubar.

Bedenklich, dass die private/betriebliche Pflegevorsorge gestärkt werden soll. Da passiert dasselbe, wie bei der Rentenversicherung: die gesetzliche Versicherung wird zugunsten der privaten Versicherungswirtschaft geschwächt.

Insgesamt liest sich das sehr schön. Die Pflege soll für die Betroffenen und die in der Pflege Beschäftigten finanziell besser ausgestattet werden, das Angebot für Kurzzeitpflege soll erweitert werden und so weiter.

Die Opposition hält das alles nicht für ausreichend und bemängelt den „Schnellschuss“ und urteilt „Flickwerk“. Das Kabinett hat Ende Mai den Entwurf verabschiedet und angeblich soll das Gesetz noch im Juni durch den Bundestag.

Ramon Zorn

Wenig bis nix:

Rentenanpassung 2021

Am 1. Juli 2021 fällt die Rentenanpassung praktisch aus. Einen kleinen Trost gibt es für die Empfänger der Ost-Rente, sie erhalten eine Erhöhung von 0,72 Prozent. Dahinter steht das Versprechen der aktuellen Regierung auf die Angleichung des Rentenwertes zum 01. Juli 2025. Ab diesem Zeitpunkt gibt es nur noch ein Rentensystem, eine stolze Leistung nach nur 31 Jahre Vereinigung.

Zur Erinnerung: zwischen 2004 und 2010 gab es vier Renten-“anpassungen“ mit null Prozent.

Eine Kürzung der Rente verhindert zur Zeit die sogenannte Rentengarantie. Leider ist das aber keine Sicherheit für die Rente auf Dauer. Seit Jahren sinkt das Rentenniveau und die Preise steigen, damit bleiben die Renten hinter der allgemeinen Lohnentwicklung zurück. Auch spielt die zaghafte Entwicklung des Mindestlohnes eine Rolle, denn eine Rente zum Leben setzt einen angemessenen Lohn voraus, der die Altersarmut verhindert. Dem wird der Name „Mindestlohn“ nicht gerecht.

Die Anpassung der Rente für 2021 fällt, wie vieles, was wir bisher in den letzten Monaten vermisst haben, der Coronapandemie zu Opfer. Die Aussichten für die Rentenanpassung 2022 steht noch in den Sternen, es hängt alles von der Entwicklung der Konjunktur und dem Gelingen der Umsetzung der Transformationsziele ab.

Die Höhe der Rentenanpassung hängt von der allgemeinen Lohnentwicklung des Vorjahres und den Faktoren in der Rentenanpassungsformel ab, zum Beispiel Riester-Faktor, Nachhaltigkeitsfaktor und Schutzklausel. Wer sich mit dem Komplex näher befassen möchte, dem oder der empfehle ich die Studie des SGB VI Gesetzliche Rentenversicherung Zweiter Teil, Berechnung und Anpassung der Rente.

Die letzte Entscheidung, ob es eine gibt und in welcher Höhe die Rentenanpassung gewährt wird, entscheidet die Regierung. Die Entscheidung der Regierung muss aber durch den Bundesrat bestätigt werden.

Siegfried Schicke

Tarifrunde 2021 in der Metall- und Elektroindustrie

Die Angleichung Ost bleibt unser Ziel

Für uns Berliner, die vor dem Mauerfall in Ost- oder in Westberlin gearbeitet haben und leben, war es eine Tarifrunde der besonderen Art. Es ging diesmal um den finanziellen Ausgleich der unterschiedlichen Arbeitszeiten in Ost und West-Berlin, das tarifliche Ausgleichsgeld.

Denn auf der einen Seite der lange nicht mehr sichtbaren Mauer werden im Osten 38 Stunden und im Westen 35 Stunden in der Woche gearbeitet. Nicht nur für uns Senioren ist das ein Skandal.

Deshalb haben wir den Kampf nach Kräften bei den Warnstreiks in Berlin mit unserem Transparent und Anwesenheit unterstützt.

Unsere Tarifkommission hat den Pilotabschluss von NRW vom Ende März am 26. Mai übernommen. Damit wird einerseits eine Corona-Sonderzahlung von 500 Euro und 300 Euro für Auszubildende gezahlt. Und andererseits werden 18,4 Prozent des Brutto-Entgelts als Transformationsgeld im Februar 2022 und 27,6 Prozent im Februar 2023 fällig. Dieses Volumen kann als Geld oder Zeit verwendet werden.

Doch nach zwei Warnstreikwellen in allen drei Tarifbezirken (Berlin, Brandenburg und Sachsen) und einer 24-Stunden-Streikwelle in den Tarifbezirken Brandenburg und Sachsen ist das tarifliche Ausgleichsgeld weiterhin offen. 126.000 Kolleginnen und Kollegen haben dafür gestreikt. Wieweit die Arbeitgeber ihre dogmatische Blockadehaltung bezüglich der Angleichung aufgeben, wird sich Ende Juni zeigen. Bis dahin soll mit ihnen ein tragfähiger tariflicher Rahmen für betriebliche Angleichungsschritte verhandelt werden.

Foto Jochen Gester

Erste betriebliche Lösungen

Durch die Streiks konnten für einzelne Betriebe in Sachsen und Brandenburg (ZF, SAS und weitere) stufenweise Angleichung erreicht werden. Und OK, die drei VW-Produktionsstandorte wechseln in den Haustarif der VW AG.

Foto Ramon Zorn

Die tarifliche Angleichung Ost bleibt sicher weiter auf unserer Agenda - und das besonders in Berlin. Denn hier gibt es zwei Tarifbezirke. Sogar Bürgermeister Michael Müller meinte: „Von Berlin muss ein Signal ausgehen.“ Wir dürfen keine Ruhe geben! In dieser Stadt hält der VME trotz Konzern-Betrieben auf der einen wie der anderen Seite dogmatisch an dem Überkommenem fest.

Deshalb und gerade in Berlin ist für die Streikfähigkeit ein hoher Organisationsgrad in den Betrieben wichtig. Doch müssen (meiner Meinung nach) auch andere strategische Gesichtspunkte, zum Beispiel Auftragslage, Lieferketten und so weiter und auch das Politische eine Rolle spielen können.

Letztlich sind die Vertrauenskörper und die Betriebsräte gefragt. Sie spielen eine entscheidende Rolle, wenn es um die Durchsetzung der tariflichen Ziele geht.

Wir sollten von den hartnäckigen mutigen Ver.di-Streiks bei Amazon ein bisschen lernen.

Denn unser dickes Brett heißt Arbeitszeit.

Hartmut Meyer

Zwei Jubiläen bei der Rente in Deutschland

20 Jahre Riesterrente, kein Grund zum Feiern

Im Jahr 2001 wurde mit dem Altersvermögensgesetz die Sicherheit der gesetzlichen Rente durch Bundestagsbeschluss abgeschafft. Das Rentenniveau stürzte um 10 Prozent ab. Geplant war, dass sich 40 Millionen Menschen privat vorsorgen. Gerade einmal 16 Millionen haben in 20 Jahren Riester-Verträge abgeschlossen.

Nahezu vier Millionen haben schon aufgegeben und zahlen nicht mehr ein, die Riester-Rente ist tot. Durch die Minuszinsen steigen die privat eingezahlten Ansprüche nicht mehr, sie sinken. Zum Glück liegen die Einkommen und die Erwerbstätigenquote über den berechneten Zahlen und somit liegt das Rentenbruttoniveau noch bei knapp über 48 Prozent.

Durch die Corona-Pandemie kann sich das nun schnell ändern und dann droht der Rentenabsturz für die geburtenstarken Jahrgänge, die demnächst verrentet werden. Eigentlich müsste jetzt die gewerkschaftliche Rentenkampagne starten, sie tut's nicht.

Wir, die „Bewegungsinitiative" **RentenZukunft** mit Mitgliedern aus allen DGB-Gewerkschaften, übernehmen das. Wir fordern die Rücknahme der vor 20 Jahren beschlossenen Rentenkürzung auf 43 Prozent vom erarbeiten Bruttoeinkommen. Wir verlangen den Schutz vor Altersarmut und die wirkliche Anerkennung der Lebensleistung. Deshalb ist unser Ziel: ein Rentenniveau von 75 Prozent vom erarbeiteten Nettoeinkommen, mindestens 1.200 Euro.

RentenZukunft „für Jung, für Alt, für Alle"

Werde Schirmherr*in für eine wetterfeste Rente!

Mit diesem einleitenden Text wurde am 31. März unsere neue Internet-Seite freigeschaltet: http://renten-zukunft.de/

Ich sage unsere, weil ich nun drei Monate an der Entstehung mitgearbeitet habe.

In der letzten Ausgabe des Senioren-Reports hatte ich schon unter dem Titel „Wann startet die IG Metall eine Rentenkampagne?" über unsere Initiative geschrieben.

Klaus Murawski

30 Jahre danach: Bei der Rente wird immer noch gemauert

Seit Januar 2018 werden die Rentenwerte Ost dem Westniveau schrittweise bis 2025 angeglichen. Im Gegenzug verringert der „Höherwertungsfaktor" die Ost-Entgelte. Dieses war und ist erforderlich, weil die Osteinkommen immer noch im Schnitt 15 Prozent unter denen des Westens liegen, was auch 2025 noch nicht zu 100 Prozent angeglichen sein wird.

Letztendlich gibt es keinen vollständigen Ausgleich für Diskriminierungen bei der Rente, die aus dem DDR-Beitritt resultieren. Ansprüche von etwa 700.000 Betroffenen, überwiegend geschiedene Frauen, werden bei der Rente noch immer nicht berücksichtigt. Es geht aber auch um die sogenannte Zusatzversorgung. Sie galt unter anderem für Eisenbahner, Bergleute, Ingenieure, Postmitarbeiter, Krankenschwestern, Spitzensportler, Professoren und Balletttänzerinnen, die Beiträge eingezahlt hatten. Die Rentenansprüche belaufen sich heute auf bis zu mehreren hundert Euro monatlich. Im Rentenüberleitungsgesetz (RÜG) wurden diese Leistungen nicht nachhaltig übernommen.

Es wird seit Jahren über eine Härtefallregelung gestritten, die von Bund und Länder finanziert werden soll. Im März 2019 wurde an einem Runden Tisch von durchschnittlichen Einmalzahlung von 15.000 bis 20.000 Euro je Person gesprochen. Nun ist alles vom Tisch und wird auf 2023 verschoben.

Klaus Murawski

PETITION

Schon heute kann eine **Petition**: „An zukünftige/n Bundeskanzler/in: Sorgen Sie für einen Neuanfang in der Rentenpolitik!" unterschrieben werden. Wir fordern Frau Baerbock oder Herrn Scholz oder Herrn Laschet, auf: Sorgen Sie dafür, dass ältere Menschen in diesem Land ein selbstbestimmtes Leben frei von materieller Not, vor allem frei von Altersarmut, führen können. Sie haben dazu die Möglichkeiten, denn Sie werden die Richtlinienkompetenz für die Bundesregierung erhalten. Der 2001 eingeschlagene Weg, gesetzliche Renten zu kürzen und die entstehenden Versorgungslücken durch private Zusatzversicherungen zu schließen, ist gescheitert. Damit versagt der Sozialstaat bei der Altersversorgung.
https://www.openpetition.de/petition/online/an-zukuenftige-n-bundeskanzler-in-sorgen-sie-fuer-einen-neuanfang-in-der-rentenpolitik

Das hat uns gerade noch gefehlt

Vorschläge zur Zukunft der Rente von der falschen Seite

Ausgerechnet der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium macht sich Sorgen um die Finanzierung der Rente nach 2025. Sein Vorschlag: das Renteneintrittsalter nach der Lebenserwartung anzuheben. Wenn die zukünftigen Rentnerinnen und Rentner über 20 Jahre ihre Altersbezüge genießen, sei das nicht finanzierbar. Also erst einmal soll das Renteneintrittalter auf 68 steigen. Dazu sollen Bestandsrentner, also wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Zukunft weniger (oder gar nicht) an der Dynamisierung der Rente teilhaben.

Die Erwerbstätigenversicherung oder auch Bürgerversicherung, in der alle einzahlen, auch Beamte und Abgeordnete, ist für den wissenschaftlichen Rat wohl keine Option.

Vielleicht soll aber davon abgelenkt werden, dass jahrelange ungenügende Ausbildung zum Facharbeitermangel geführt hat. Da müssen halt die älteren etwas länger an Bord bleiben.

Die Sorge, dass der Staatshaushalt überfordert wird, ist verständlich. Es sollen schließlich die Milliarden Steuergelder für jegliche Investitionen in die Wirtschaft fließen. Dazu muss notleidenden Firmen unter die Arme gegriffen werden. Außerdem müssen Konjunkturhilfen für schwächelnde Branchen sowie Ersatz für enttäuschte Gewinnerwartungen finanziert werden. Das sind aus Sicht des Wirtschaftsministeriums die wichtigen Aufgaben des Staates. Die sozialen Belange müssen mit dem auskommen was übrig bleibt.

Ramon Zorn

Ingrid Henneberg zum Geburtstag

herzlichen Glückwunsch

Am 7. Juni ist Ingrid unfassbare **85 Jahre** alt geworden. Geistig war und ist sie hellwach, an den Knien zur Zeit etwas lädiert, aber das gibt sich. Corona-bedingt haben wir uns in letzter Zeit selten gesehen.

Mit ihren profunden Deutschkenntnissen (alte Schule!) hat sie in der Redaktion gefehlt. Für den Arbeitskreis ist sie mit ihren Erfahrungen aus dem DDR-Arbeitsleben ein reicher Quell an Informationen für unsere Westrentner.

Was im Senioren-Arbeitskreis seit der Gründung vor 30 Jahren so alles geschehen ist, warum und von wem, kann sie zuverlässig genau referieren. So gesehen ist sie unsere historische „Schatzmeisterin“.

Sie ist eine wichtige Stütze des Arbeitskreises und wir hoffen, sie bald wieder bei uns zu haben. Möge ihre Gesundheit noch viele Jahre erhalten bleiben.

Ramon Zorn

Montag, 5. Juli, 10 bis 13 Uhr: Anmeldung
zum Besuch des Schlosses Cecilienhof in Potsdam am 19. Juli
unter der Telefonnummer 030 25387-110.

Montag, 12. Juli und 9. August 10 bis 13 Uhr:
Info-Telefon zu Mitgliedertreffen und anderem
unter der Telefonnummer 030 25387-110.

Dritter Anlauf: nach Unwetter und Corona klappt es dieses Mal sicher

AG Öffentlichkeitsarbeit